

II-11240 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5362 13

1993 -09- 24

## ANFRAGE

des Abgeordneten Rudi Anschöber, Freunde und Freundinnen  
an den Bundesminister für Inneres

*betreffend der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Medien*

Das Beispiel der "Entführung" eines 21 Monate alten Kindes (DER STANDARD berichtete darüber am 26.8.1993), demonstriert die fragwürdige Zusammenarbeit zwischen der Polizei und einzelner Medien. Laut STANDARD bot sich ein Beamter des Sicherheitsbüros für Vermittlungstätigkeiten für Tageszeitungen an. Einer Tageszeitung wurde die Privatadresse des Betroffenen weitergegeben, ohne diesen um seine Zustimmung zu fragen. Einer anderen Tageszeitung nahm ein Polizeibeamter gar die Arbeit ab und rief den Betroffenen gleich selbst an, um ein Interview zu vermitteln.

Sosehr eine gute Zusammenarbeit zwischen Polizei und Medien wünschenswert ist, sind derartige Vorgangsweisen mehr als bedenklich. Das Innenministerium hat in diesem Fall eine Untersuchungskommission eingerichtet.

Um die Arbeit dieser Kommission zu unterstützen stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Inneres folgende

## Anfrage

1. Ist die Untersuchung dieses in der Tageszeitung "STANDARD" beschriebenen Falles abgeschlossen?
2. Wie lautet der Bericht der Kommission über diesen Fall?
3. Wie ist bzw. war diese Kommission zusammengesetzt?
4. Sind Ihrem Ressort noch andere derartige Fälle bekannt? Wenn ja, welche sind dies?
5. Sind Ihrem Ressort Fälle bekannt in denen Polizeibeamte für einzelne Informationen von Medienvertretern Geld oder andere Sachleistungen erhielten? Wenn ja, welche Fälle sind dies und welche Medien sind davon betroffen?
6. Gab es in diesem Fall ein Disziplinarverfahren gegen einen der betroffenen Beamten? Wenn ja, wie endete dies? Wenn nein, warum nicht?
7. Welche Konsequenzen hat Ihr Ressort aus diesem Fall gezogen?